

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 1/2013

1. EDITORIAL
 - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. „VERÄNDERUNGEN KÖNNEN NUR GEMEINSAM ERREICHT WERDEN“
 - Interview mit Dr. Hermann Kues, Parl. Staatssekretär im BMFSFJ
3. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG
 - Thema 1/2013: Enttäuschte Bürger
4. BAP GRATULIERT: 60 JAHRE BPB
 - Erfolgreich für Demokratiebewusstsein und Politische Bildung
5. WIE FUNKTIONIERT BILDUNGSERWERB?
 - Nationales Bildungspanel untersucht Bildungsprozesse und Kompetenzentwicklung
6. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN
 - Themen u.a. Politische Stiftungen, Sicheres Internet und Wahlrecht für Jugendliche
7. TERMINE UND HINWEISE
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Toleranz und Vielfalt sind ein wichtiger Bestandteil demokratischer Gesellschaft. Deshalb begrüßen und unterstützen wir als bap die Initiative der Bundesregierung, am 16. April 2013 ein deutliches Zeichen für Toleranz und Vielfalt und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Unter dem Motto „Wir für Demokratie – Tag und Nacht für Toleranz“ soll an diesem Tag das Engagement all derjenigen erlebbar werden, die sich tagtäglich für unsere Demokratie einsetzen.

Neben der zentralen Fachveranstaltung in Berlin mit Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft, Kommunen, Verbänden und Vereinen sind es insbesondere die bundesweiten Veranstaltungen, die mit ihrer Vielfalt ein Zeichen setzen werden: Wir rufen deshalb alle Akteure der politischen Bildung auf, sich an diesem Tag mit individuellen Aktionen in ihrer Region zu beteiligen.

Auf der Webseite www.tag-und-nacht-fuer-toleranz.de können sich alle Interessierten in Kürze zum Fachdialog in Berlin anmelden. Engagierte Akteure erhalten zudem auf dieser Seite Informationen und Unterstützung zur Umsetzung von Aktionen. Für Aktivitäten zu diesem Zeitpunkt werden in geringem Maß auch Fördermittel bereitgestellt.

Auch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ widmet sich der Stärkung von Toleranz sowie der Rechtsextremismusprävention. Lesen Sie im Interview mit Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Ziele und die bisherigen Ergebnisse des Programms und erfahren Sie, wie es mit dem kürzlich gestarteten „BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ weitergehen wird.

Zum Abschluss möchte Sie noch auf die kommende Ausgabe 2/13 des Journals für politische Bildung hinweisen. Diese wird Anfang Mai erscheinen und sich mit dem Schwerpunktthema Rechtsextremismus befassen. Das Heft will angesichts der neuen Entwicklungen – vor allem seit der Entdeckung des „braunen Terrors“ in Deutschland – einen Einblick in den Sach- und Diskussionsstand der außerschulischen politischen Bildung geben. Einleitend wird die gegenwärtige Problemlage umrissen, in der sich ja nicht nur von den Rändern her, sondern auch aus der Mitte

der Gesellschaft bedenkliche Tendenzen bemerkbar machen. Die folgenden Beiträge fokussieren auf Bildung, Beratung und gesellschaftliche Intervention. Sie zeigen damit auch, wie eine zivilgesellschaftliche Öffnung eines engen, formalen Verständnisses von politischem Lernen aussehen kann.

Lothar Harles
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

2. „VERÄNDERUNGEN KÖNNEN NUR GEMEINSAM ERREICHT WERDEN“

Interview mit Dr. Hermann Kues

Mit dem jüngst gestarteten „BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ bietet das Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ pädagogischen Fachkräften umfangreiche Unterstützung und Beratung im Umgang mit rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen. Welche Ziele verfolgt das Netz, welche Angebote beinhaltet es konkret und wie wird es künftig mit dem Präventionsnetz weitergehen?

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ besteht nun seit zwei Jahren. Welche Ziele verfolgt das Programm und wer soll angesprochen werden?

Mit dem Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ fördert das Bundesfamilienministerium in vielfältiger Weise Aktivitäten, die die Demokratie stärken und Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus setzen. Das Bundesprogramm unterstützt Initiativen und Netzwerke auf kommunaler, überregionaler und landesweiter Ebene. Das geschieht durch die Förderung von Strategien zur Stärkung des Engagements gegen Rechtsextremismus in Lokalen Aktionsplänen vor Ort, durch überregionale Modellprojekte, in denen neue Ideen und Methoden in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen erprobt werden, und durch landesweite Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus.

Einer der Schwerpunkte des Bundesprogramms ist die Entwicklung und Implementierung lokaler Strategien. Warum ist diese lokale Ausrichtung aus Ihrer Sicht wichtig?

Kein Lokaler Aktionsplan gleicht dem anderen, da die Situation vor Ort immer eine ganz spezielle ist. Für alle gilt aber: Veränderungen können nur gemeinsam erreicht werden. In einem Lokalen Aktionsplan finden sich deshalb die demokratischen Kräfte einer Stadt oder eines Landkreises zusammen. Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Politik entwickeln gemeinsam Strategien zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement durch die Förderung von Projekten vor Ort. Die aktuell geförderten über 170 Lokalen Aktionspläne belegen das eindrucksvoll.

Zum Jahresbeginn wurde im Rahmen von „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ das bundesweite Informations- und Kompetenznetz „BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet. Welche Ziele verfolgt dieses Netzwerk?

Mit dem „BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ unterstützen wir pädagogische Fachkräfte in ihrer Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen und stärken die Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Rechtsextremismus. Außerdem wollen wir die Öffentlichkeit für dieses Thema noch mehr sensibilisieren. Veränderungen können wir nur dort erreichen, wo ein Umdenken angeregt wird, deshalb ist es so wichtig, das Thema in die Öffentlichkeit zu rücken.

An wen richtet sich das Angebot des Netzwerks und welche Informationen werden zur Verfügung gestellt?

Das Angebot BIKnetz richtet sich vorwiegend an Lehrkräfte aus der Jugendhilfe, Sozialarbeit und der Schule, aber natürlich auch an Politik und Verwaltungen sowie Fachöffentlichkeit. Auf der Website www.biknetz.de stehen bereits zahlreiche Informationen zur Verfügung: Eine Wissensdatenbank informiert über Projekte, Konzepte, Ansätze, Methoden und Materialien der Präventionsarbeit. In Themendossiers informieren Expertinnen und Experten über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und den präventiv-pädagogischen Umgang mit

diesem vielschichtigen Phänomen. Einige beispielhafte Projekte der präventiv-pädagogischen Arbeit werden in kurzen Videos, Texten und Interviews vorgestellt und ein Kalender berichtet über die nächsten Veranstaltungen im Themenfeld. Ab Mitte April wird es auch eine Toolbox mit praxisnahen Handreichungen für die aktive pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen geben und einen Newsletter mit aktuellen Informationen, Praxisbeispielen und Fortbildungsmöglichkeiten.

Warum war die Einrichtung eines solchen Netzwerks Ihrer Meinung nach notwendig?

In den vergangenen Jahren wurden viele Projekte im Bereich der präventiv-pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus gefördert. Auch das Bundesfamilienministerium hat mit verschiedenen Aktions- und Bundesprogrammen Präventionsprojekte für Jugendliche und Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus unterstützt. In der Bilanz hat sich aber deutlich gezeigt, dass die vielfältigen, erprobten Ansätze oft verstreut und nicht immer sichtbar genug sind. Die Akteure vor Ort berichten, wie schwierig es ist, sich gezielt über wirksame Angebote zu informieren. Außerdem haben wir festgestellt, dass es kaum gelungen ist, erfolgreiche Praxisansätze in die Regelstrukturen der Jugendhilfe zu transferieren. Das BIKnetz soll diese Defizite beheben.

Können Sie etwas zur Resonanz sagen? Welche Angebote werden bisher besonders gut angenommen?

Bereits nach den ersten drei Monaten haben wir festgestellt, dass pädagogische Fachkräfte großes Interesse am BIKnetz haben. Das hat eine Umfrage auf der Bildungsmesse Didacta 2013 bestätigt. Die Fachkräfte interessieren sich am meisten für unterstützende Materialien, Fort- und Weiterbildungsangebote, Vernetzungsmöglichkeiten und für kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus der Extremismusprävention. Regelmäßig melden sich neue Interessierte für den Newsletter an, das BIKnetz bekommt Anfragen über das Servicetelefon, Beitragsvorschläge für die Wissensdatenbank und Nachfragen zum Vernetzungsangebot im Rahmen der Kommunikationsplattform. Demnächst wird eine webbasierte Umfrage zu weiteren Bedarfen und Verbesserungspotenzialen des BIKnetz-Angebots durchgeführt.

BIKnetz ist als Kompetenznetzwerk auch auf Beteiligung ausgelegt. Welche Möglichkeiten bietet es, eigene Erfahrungen, Fragen und Ideen einzubringen?

Das BIKnetz bietet viele Möglichkeiten sich aktiv zu beteiligen. In der Wissensdatenbank können z.B. vorgestellte Ansätze und Ideen kommentiert und bewertet und so auch weiterentwickelt werden. Interessierte können an der inhaltlichen Ausgestaltung des Bildungsangebots von BIKnetz mitwirken oder eigene Veranstaltungshinweise und Informationsmaterialien einstellen. Durch Online-Befragungen erheben wir außerdem ganz spezifische Bedarfe aus der Praxis und können das BIKnetz dann dahingehend anpassen. Im April startet eine interne Kommunikationsplattform, die einen bundesweiten Fach- und Erfahrungsaustausch für pädagogische Fachkräfte und andere Akteure der Präventionsarbeit ermöglicht.

BIKnetz setzt sich aus drei Säulen zusammen. Wissen generieren, Kompetenzen stärken und Öffentlichkeit herstellen. Welche Angebote beinhalten die jeweiligen Bereiche?

Das Handlungsfeld „Wissen generieren“ bündelt und vermittelt praktisches Erfahrungswissen: Bisherige Projektergebnisse und Erkenntnisse, vor allem aus den Bundesprogrammen des Bundesfamilienministeriums, werden gesichtet, aufbereitet und in einer Wissensdatenbank vorgestellt. Außerdem gibt es ein Servicetelefon, das Anfragen rund um das Thema Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus an kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort weiterleitet. Zudem identifiziert das Handlungsfeld in Zusammenarbeit mit Akteuren aus Forschung und Praxis Lücken und regt neue Projekte an.

Im Handlungsfeld „Kompetenzen stärken“ wird aus den Erfahrungen der bisherigen präventiv-pädagogischen Arbeit ein Bildungsangebot als Rahmencurriculum für die Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften aus Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe entwickelt. Da ein Bedarf vor Ort nur durch Angebote vor Ort gedeckt werden kann, wird das Rahmencurriculum in Kooperation mit regionalen Bildungsträgern umgesetzt. Dadurch sollen pädagogische Fachkräfte mehr Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen bekommen. Ein übergeordnetes Ziel wird sein, Fachstandards für die präventiv-pädagogische Arbeit im Themenfeld Rechtsextremismus zu formulieren.

„Öffentlichkeit herstellen“ bedeutet, die Idee von BIKnetz in die Breite zu tragen, erfolgreiche Projekte vorzustellen und über das Themenfeld zu informieren. Ab Mitte April stellt das BIKnetz die genannte Kommunikationsplattform zur Verfügung. Hier können sich dann pädagogische Fachkräfte austauschen, vernetzen und eigene Veranstaltungen bewerben.

Das Netzwerk befindet sich gerade noch in der Startphase. Gibt es schon Pläne für einen zukünftigen Ausbau von BIKnetz?

Bis Ende 2014 werden die organisatorischen Aufbaumaßnahmen von BIKnetz abgeschlossen sein. Dazu gehören die Kooperationsnetze in den einzelnen Handlungsfeldern und das Servicetelefon, das an die Expertinnen und Experten vor Ort vermittelt. Daneben wird vor allem die präventiv-pädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen im Fokus der Arbeit von BIKnetz stehen. Darüber hinaus stehen wir natürlich auch im Gespräch mit dem Bundesministerium des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung und loten gegenwärtig die Zusammenarbeit und Kooperation aus. Und natürlich laufen auch mit den Ländern Gespräche zu deren Bedarfen und Unterstützungsmöglichkeiten. Die fachlichen Ergebnisse und Erfahrungen der Aufbauphase werden wesentlich für die weitere Ausgestaltung von BIKnetz sein.

Über Dr. Hermann Kues:

Dr. Hermann Kues ist seit November 2005 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Geboren wurde er 1949 in Holthausen, Landkreis Emsland. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Informationen zum Thema Rechtsextremismus finden Sie auch auf folgenden Webseiten:

<http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/>

<http://www.bpb.de>

<http://www.idaev.de/>

<http://www.bap-politischebildung.de>

[zur Übersicht](#)

3. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Thema 1/2013: Enttäuschte Bürger

Kürzlich erschien die aktuelle Ausgabe des Journals für Politische Bildung. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

Editorial

Mit Ablauf der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurde das Wort „Wutbürger“ in die Online-Enzyklopädie Wikipedia und auch in den Duden aufgenommen, der es als „Zeitungsjargon“ für einen „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierende(n) und demonstrierende(n) Bürger“ definierte. Aus Enttäuschung kann allerdings vieles folgen. Der Wutbürger, der eine Zeit lang Konjunktur hatte, stellt nur eine Konsequenz dar. Im politischen Feld geht es zunächst darum, dass Bürger und Bürgerinnen nicht mehr nachvollziehen können, was „die Politik“ unternimmt; sie fühlen sich in ihren Erwartungen getäuscht, wenden sich von ihren Repräsentanten ab, sind vielleicht resigniert oder verbittert. Verlorene Illusionen können natürlich auch zu einem neuen Realismus führen. Möglicher Weise schlägt dann der Bürgerunmut in eine neue „Bürgermacht“ um – wie Theoretiker und Praktiker der neuen sozialen Bewegung hoffen.

Doch man sollte nicht vergessen: Die Absage an die „etablierte Politik“ und die Hoffnung auf einen starken Mann oder eine starke Frau, die den verkommenen demokratischen Laden endlich einmal aufräumen, sind ebenfalls mit inbegriffen. Auf solche unterschiedlichen Punkte, auf Ursprünge, Wirkungen und Verlaufsformen politischer Enttäuschung, will die vorliegende Ausgabe des Journals aufmerksam machen. Sie kann dabei natürlich nicht alle Facetten dieses (un-)politischen Phänomens berücksichtigen. Im Grunde sind hier ja auch Fragen angesprochen, die das Journal seit seinem Start im Januar 2011 kontinuierlich behandelt und die in der Fachöffentlichkeit der politischen Bildung unter verschiedenen Rubriken Dauerthema sind. Im vorliegenden Heft wird daher – orientiert an aktuellen Vorgängen – eine Auswahl geboten.

Einleitend umreißt Johannes Schillo (Redaktion Journal) unterm Titel „Demokratie-Enttäuschung“ die verschiedenen Aspekte des Themas und bezieht dabei auch die aktuellen Diskurse in

Politikwissenschaft und politischer Bildung mit ein. Professor Ulrich Eith (Studienhaus Wiesneck) stellt dann, gestützt auf konkrete Erfahrungen im Bundesland Baden-Württemberg – Stichwort: Stuttgart 21 –, die Frage, ob und wie der Imperativ „Mehr direkte Demokratie“ in der gegenwärtigen Situation dazu führen kann, dass mehr Menschen zur Auseinandersetzung mit Politik angeregt werden.

Hanjo Schild richtet den Blick auf Europa, auf die allgemeine Stimmung, auf die Initiativen zur Jugendpolitik und die Programme, wie sie Europarat und Europäische Kommission seit einigen Jahren verstärkt zur Förderung „Europäischer Bürgerschaft“ auflegen. Eva Feldmann-Wojtachnia M.A. und Dr. Barbara Tham von der Forschungsgruppe Jugend und Europa knüpfen daran an. Sie diskutieren ebenfalls Befunde zur Politikverdrossenheit am Beispiel Europa und kommen dabei zu differenzierten Ergebnissen. Schwerpunkt ihres Beitrags ist der Strukturierte Dialog, den die EU mit ihrem Jugendprogramm verfolgt. Andreas Michelbrink (ver.di) beleuchtet das Thema aus dem Blickwinkel gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Unter dem Titel „80 Jahre Machtergreifung – 80 Jahre Zerschlagung der Gewerkschaften“ geht es um die Frage, warum seinerzeit eine zivilgesellschaftliche Macht wie die Arbeiterbewegung nicht die Durchsetzung einer faschistischen Diktatur in Deutschland verhinderte.

Außerhalb des Themenschwerpunkts werden unter QuerDenken Grundsatzfragen und Praxisreflexionen der Jugend- und Erwachsenenbildung aufgegriffen. Falk Scheidig (Universität Augsburg) befasst sich mit terminologischen Schwierigkeiten des non-formalen Feldes, die zur Verstärkung der dort oft festgestellten Unübersichtlichkeit beitragen, die aber nicht nur ein Bezeichnungsproblem darstellen, sondern mit konzeptionellen Differenzen verbunden sind. Ute Schad (Hochschule München) gibt mit einem Werkstattbericht über ein Menschenrechtsbildungsprojekt Einblick in die politisch bildenden Möglichkeiten der offenen Jugendarbeit. Mit der Jugendbildung befasst sich auch der folgende Beitrag von Prof. Benno Hafener (Universität Marburg); er stellt grundsätzliche Anfragen an die aktuellen Jugenddebatten in Sachen Werte und Wertebildung. Dem 50. Jubiläum des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) ist ein Beitrag von Jean-Daniel Mitton (Arbeit und Leben) in der Rubrik ÜberGrenzen gewidmet.

Die weiteren Rubriken enthalten Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. Hingewiesen sei auf die Stellungnahme von Ina Bielenberg (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) unter VorGänge, die die Debatte um „Bildungsferne“, wie sie im Journal 4/12 aufgegriffen wurde, aus dem Blickwinkel eines großen Trägerzusammenschlusses kommentiert. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u.a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Weitere Heftplanung

Heft 2/13: Rechtsextremismus

Heft 3/13: Politische Sozialisation
Redaktionsschluss: 10.05.2013

Heft 4/13: Selbstverständnis und Professionsentwicklung
Redaktionsschluss: 14.08.2013

Heft 1/14: Arbeitstitel - Historische Kompetenz
Redaktionsschluss: 11.11.2013

Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, info@wochenschau-verlag.de, journal@wochenschau-verlag.de
<http://www.wochenschau-verlag.de/journal/>

[zur Übersicht](#)

4. BAP GRATULIERT: 60 JAHRE BPB

Erfolgreicher Einsatz für Demokratiebewusstsein und politische Bildung

Am 25. November 2012 feierte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ihren 60. Geburtstag. Aus der Taufe gehoben wurde die Bundeszentrale für Heimatdienst – ab 1963 Bundeszentrale für politische Bildung – am 25. November 1952: Sie soll den demokratischen Gedanken in der Bevölkerung verankern und totalitären Bestrebungen entgegenwirken. Anfangs standen vor allem die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und mit dem Kommunismus im Mittelpunkt, im Laufe der Jahre hat sich das Spektrum der Themen, Formate und Methoden stark erweitert. Seit 60 Jahren greift die bpb mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten nun erfolgreich aktuelle und zeithistorische Themen auf. Dabei verfolgt die bpb seit der Gründung das Ziel, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Der Bundesausschuss Politische Bildung gratuliert und wünscht weiterhin gutes Gelingen!

<http://www.bpb.de>

[zur Übersicht](#)

5. WIE FUNKTIONIERT BILDUNGSERWERB?

Nationales Bildungspanel untersucht Bildungsprozesse und Kompetenzentwicklung

Das Nationale Bildungspanel (NEPS) will mehr über den Bildungserwerb und seine Folgen für individuelle Lebensverläufe zu erfahren. Deshalb untersucht das Panel im Rahmen einer interdisziplinären Studie Bildungsprozesse und Kompetenzentwicklung in Deutschland von der frühen Kindheit bis ins hohe Erwachsenenalter. NEPS ist eingebettet in das Rahmenprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Förderung der empirischen Bildungsforschung.

Im Gegensatz zu groß angelegten internationalen Schulleistungstudien wie TIMSS, PISA und IGLU, die wichtige Erkenntnisse zu Querschnittsverteilungen von Kompetenzen in der Schülerschaft der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern und in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft und von weiteren Merkmalen zu einem bestimmten Zeitpunkt im Lebenslauf liefern, begleitet das Nationale Bildungspanel die Individuen über einen längeren Zeitraum.

Es wird beobachtet, wie sich Kompetenzen entfalten und mit Entscheidungsprozessen an verschiedenen Übergängen der Bildungskarriere zusammenhängen. Wie und in welchem Umfang werden sie von der Familie und den jeweiligen Lehr- und Lernprozessen in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Hochschule und im späteren (Erwerbs-)Leben beeinflusst? Auch nach dem Verlassen des allgemeinen und beruflichen Bildungssystems müssen sich Menschen immer wieder behaupten und neu beweisen und sich kontinuierlich neues Wissen und neue Kompetenzen aneignen. Untersuchungsgegenstand des Bildungspanels ist deshalb auch, welche Kompetenzen für das Erreichen von Bildungsabschlüssen, welche für lebenslanges Lernen und welche für ein erfolgreiches individuelles und gesellschaftliches Leben maßgeblich sind.

Insgesamt entsteht mit dem Datenangebot des Nationalen Bildungspanels ein reichhaltiges Analysepotential für alle an Bildungs- und Ausbildungsprozessen Interessierten, das die Grundlagen für eine genauere Bildungsberichterstattung und Politikberatung in Deutschland schafft.

Informationen zu NEPS gibt es unter

<http://www.bildungsserver.de/innovationsportal/bildungplus.html?artid=853>

[zur Übersicht](#)

6. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Themen u.a. Politische Stiftungen, Sicheres Internet und Wahlrecht für Jugendliche

Regierung betont Bedeutung politischer Stiftungen für Erhalt der Demokratie

Die politischen Stiftungen sind aus Sicht der Bundesregierung im Zusammenwirken mit den weiteren Trägern politischer Bildung „von maßgebender Bedeutung für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Demokratie“. Sie verfolgten die Zielsetzung, durch gesellschaftspolitische und demokratische Bildung im In- und Ausland die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anzuregen und Interesse für eine aktive Beteiligung an Politik und Demokratie zu wecken, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/12428](#)) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion ([17/12252](#)). Die Arbeit der politischen Stiftungen beinhalte „vielfältige Angebote für eine allen interessierten Bürgern zugängliche offene Diskussion politischer Fragen“. Als parteinahe und dennoch unabhängige Institutionen repräsentierten sie dabei das „Spektrum der politischen Grundströmungen im Rahmen der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung“.

Quelle: hib Nr. 118, Mo, 4. März 2013

Im Bundestag notiert: Programm "Safer Internet"

Beim Programm „Safer Internet“ handelt es sich nach Angaben der Bundesregierung um ein „mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz von Kindern bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien“. Im Programmzeitraum 2009 bis 2013 stünden hierfür entsprechend einem Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 Mittel in Höhe von 55 Millionen Euro zur Verfügung, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/11299](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/11068](#)).

Quelle: hib Nr. 558, Do, 29. November 2012

Grüne wollen aktives Wahlrecht auf 16 Jahre senken

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein. In ihrem Antrag ([17/11376](#)) fordert sie die Bundesregierung unter anderem auf, einen Gesetzentwurf zur Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre vorzulegen. Zudem müssten die Bedürfnisse von Jugendlichen bei der Novellierung der Bauplanungsrechts stärker berücksichtigt und die Errichtung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz in der Kinder- und Jugendhilfe geprüft werden. Außerdem müsse der „integrationsschädliche“ Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht gestrichen werden. Die Regierung soll nach dem Willen der Grünen auf die Bundesländer einwirken, um den öffentlichen Personennahverkehr jugendgerecht auszubauen, die Sozialarbeit für Jugendliche zu stärken und einen Jugendkanal im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk zu etablieren. Die Fraktion setzt sich zudem für den Erhalt der Jugendprogramme der Europäischen Union ein und fordert eine Rücknahme der Kürzungen in der politischen Bildung und bei Jugendverbänden. Nach Ansicht der Grünen zielt die Politik der Regierung einseitig auf „privilegierte Gruppen von Jugendlichen“. Sie tue zu wenig für umfassende Beteiligungsrechte junger Menschen.

Quelle: hib Nr. 523, Mo, 19. November 2012

Kleine Anfrage der Linken zum bürgerlichen Engagement von Senioren

Die Fraktion Die Linke verlangt in ihrer Kleinen Anfrage vom 25. Oktober 2012 ([17/11231](#)) Informationen über das bürgerschaftliche Engagement von Senioren. Sie will unter anderem wissen, wie viele Senioren einen der Freiwilligendienste absolvieren und wie viele Stunden pro Jahr sich Menschen ab 55 Jahren ehrenamtlich engagieren. Zudem will sie erfahren, wie hoch der volkswirtschaftliche Beitrag dieses Engagements veranschlagt wird. Die Antwort der Bundesregierung kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Demokratische Teilhabe: Wichtiger Indikator für Wohlstandsmessung

Vor knapp zwei Jahren hat die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ihre Arbeit aufgenommen. bap-Vorstandsmitglied [Barbara Menke befragte damals MdB Daniela Kolbe](#), Mitglied der Enquete-Kommission, über die Ziele der Kommission sowie die Rolle der politischen Bildung für die Arbeit des Gremiums. Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission heißt es nun: "Freiheit und demokratische Teilhabe sind essentielle Bestandteile von Wohlstand und Lebensqualität." Der Bericht wurde am 28. Januar 2013 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP beschlossen. Der Zustand von Freiheit und Teilhabe soll nach dem Willen der Mehrheit der Kommissionsmitglieder durch den Indikator "Voice & Accountability" (Mitsprache und Verantwortlichkeit) gemessen werden. Dieser von der Weltbank erhobene Indikator setzt sich aus zahlreichen Einzelwerten verschiedener Experten-, Bürger- und Unternehmensbefragungen zusammen. Unter anderem fließen auch Daten aus dem weltweiten Civil Society Index ein. Insgesamt soll nach Meinung der Kommission der gesellschaftliche Wohlstand künftig nicht mehr allein durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bestimmt werden, sondern anhand von zehn wichtigen Indikatoren zu den Bereichen "Materieller Wohlstand", "Soziales und Teilhabe" sowie "Ökologie". Bei Linken und Grünen fanden die Indikatoren keine Zustimmung. Sie kritisierten das Modell als zu kompliziert und ungeeignet für eine gesellschaftliche Debatte. Der von den Grünen Mitgliedern der Kommission eingebrachte Wohlstandskompass fand jedoch ebenso wie das "Trio der Lebensqualität" der Linken keine Mehrheit in der Kommission.

Der Bericht kann [hier](#) heruntergeladen werden.

7. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Weitere Infos zu Terminen und Hinweisen finden Sie auch auf unserer Website <http://www.bap-politischebildung.de>.

Qualifizierung „Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“

Das DBG Bildungswerk und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bieten gemeinsam die Multiplikator(inn)enqualifizierung „Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“ an. Sie ist auf ein Jahr berufsbegleitend konzipiert und richtet sich insbesondere an die politischen Bildner/-innen, die im Themenfeld Rechtsextremismus arbeiten. Es ist langfristig angestrebt, dieses Professionalisierungsangebot zu zertifizieren. Die Fortbildung startet am 3. Mai 2013. Die Kostenbeteiligung „Rechtsextremismus: Prävention und Intervention“ beträgt inklusive Unterkunft/Verpflegung 550 € pro Person.

Anmeldung und Information unter www.multiplikatorenbildung.de oder direkt bei kai.venohr@dgb-bildungswerk.de, Telefon: 02324-508480

Mobiles Beratungsteam Hamburg: Offen für alle – geschlossen gegen Rechtsextremismus

Das Mobile Beratungsteam Hamburg (MBT), getragen von ARBEIT UND LEBEN und dem DGB Hamburg, bietet kurzfristig, unbürokratisch und kostenlos Unterstützung. Das MBT informiert und berät zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. An das MBT können sich Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Organisationen wenden, wenn sie mit Vorfällen konfrontiert sind, die einen rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Hintergrund haben. Es berät Einzelpersonen und unterstützt die Gründung und Vernetzung von Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Auch für allgemeine Informationen oder für Veranstaltungen kann das MBT angesprochen werden. Aktuell ist die Broschüre, „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den Betrieb“ erschienen.

Neben einem juristischen Teil enthält der Ratgeber zahlreiche Praxisbeispiele, wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im betrieblichen Alltag begegnet werden kann.

Informationen unter <http://www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de>

Neu aufgelegt: Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus“

Jung, modern und ziemlich cool präsentiert sich die rechtsextremistische Szene heute - der Imagewandel vom ewiggestrigen Schlägertyp hin zum »Autonomen Nationalen« ist vollbracht. Gleichwohl sich ihre Weltanschauung im Kern nicht geändert hat, präsentiert sich die Szene nach Außen zurückhaltend und unverdächtig. Ihre Werbebotschaft lautet »Kameradschaft« in unsicheren Zeiten und ist gezielt an Jugendliche gerichtet. Eingepackt wird der rechte Lifestyle in eine Erlebniswelt aus Musik, Action und Events, die über das Internet und Social Media verbreitet wird. Das Buch »Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe-Methoden-Praxis der Prävention« (Wochenschau Verlag, 3. völlig neu überarbeitete Auflage 2013), herausgegeben von Stefan Glaser und Thomas Pfeiffer, zeigt, mit welchen Mitteln Rechtsextremisten Jugendliche ansprechen und was Schule und Jugendbildung gezielt zur Aufklärung beitragen kann. Der Praxisteil des Buches mit konkreten Projekten ist eng mit den Inhalten der beigelegten CD-ROM verknüpft.

Bestellung unter <http://www.wochenschau-verlag.de>

Toleranz fördern – Kompetenz stärken: Lokaler Aktionsplan Aachen

ARBEIT UND LEBEN NRW unterstützt durch die Einrichtung und Betreuung einer externen Koordinierungsstelle die Volkshochschule Aachen bei der Entwicklung, Implementierung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans (LAP) gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Eng vernetzt entwickeln zivilgesellschaftliche Akteure, Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche, politische Entscheidungsträger und die kommunale Verwaltung eine nachhaltige integrierte Strategie im Sinne der Programmziele.

Informationen unter <http://www.lap-aachen.de>

Expert(inn)engespräch: Zusammenarbeit von internationaler Jugendarbeit und Schule 09. April 2013, Bonn

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. lädt Interessierte am 09. April 2013 zu einem Expertenaustausch zu Kooperationsprojekten von internationaler Jugendarbeit und Schule ein. Die Fachstelle möchte damit einen Prozess einleiten, der Kooperationsprojekte zwischen internationaler Jugendarbeit und Schule in allen Bundesländern ermöglicht. Die Zusammenarbeit von internationaler Jugendarbeit und Schule wurde im Rahmen des vom Bundesjugendministerium geförderten Modellprojekts „Interkulturelles Lernfeld Schule (IKUS)“ mit Unterstützung der Bezirksregierung Köln erfolgreich erprobt. Gleichzeitig ermöglichen die bilateralen Jugendwerke DFJW und DPJW sowie die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch über ihre Förderung und fachliche Unterstützung Kooperationsprojekte in diesem Arbeitsfeld. Diesen Prozess möchte IJAB in Abstimmung mit dem Pädagogischen Austauschdienst/KMK, der Fachhochschule Köln, der Akademie Haus am Maiberg und Expertinnen und Experten gemeinsam anstoßen.

Weitere Informationen unter <http://www.bap-politischebildung.de/internationale-jugendarbeit-und-schule-einladung-zum-expertenaustausch/>

Familie 2020: Zuhause in der digitalen Welt!

11. und 12. April 2013, Fulda

Mit der Fachtagung "Familie 2020: Zuhause in der digitalen Welt!" setzt die AKSB die erfolgreiche Kooperation mit dem Bonifatiushaus Fulda, der LPR Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien und dem MUK Hessen – Institut für Medienpädagogik und Kommunikation fort. Die Tagung findet im Bonifatiushaus in Fulda am 11. und 12. April 2013 statt und wird mit besonderem Fokus auf die Familie u.a. folgende Fragestellungen aus verschiedenen wissenschaftlichen Blickwinkeln untersuchen: Fühlen wir uns in dieser digitalen Welt wirklich zuhause? Welche Auswirkungen haben die Entwicklungen im Bereich der digitalen Medien für die Familie? Verändert sich das Partizipationsverhalten in der Gesellschaft durch die neuen Medien? Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Bildungs- und Medienbereich werden die Herausforderungen der digitalen Medien für die Familie diskutiert. Workshops sollen zusätzlich praktische Einblicke in die veränderten Wahrnehmungs- und Produktionsprozesse gewähren und so einen kompetenten Umgang mit den Medien vermitteln.

Weitere Informationen zur Tagung gibt es hier <http://www.aksb.de/?ID=406&mod=aktuellesdetail>

Seminar: Schülervertretung in Europa: Be a part of it!

19. bis 21. April 2013, Berlin

Vom 19. bis 21. April 2013 findet in Berlin eine bundesweite Tagung zur grenzüberschreitenden SV-Arbeit statt. Eingeladen hat die AKSB Schülervertreter/-innen, die ein Interesse am virtuellen Austausch mit einer ausländischen SV haben und dabei auch von ihren eigenen Erfahrungen berichten wollen. Die Tagung ist Bestandteil des AKSB-Projektes "Schülervertretung in Europa" und wird aus Mitteln des KJP Innovationsfonds des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik gefördert. Die Anmeldung zur SV-Tagung ist bis zum 31. März 2013 möglich.

Weitere Informationen zum AKSB-Projekt "Schülervertretung in Europa" gibt es hier <http://www.wir-bewegen-schule.de/sv-in-europa/>

Fachtag „Geschlechterpolitiken in Bildung und Gesellschaft“

25. April 2013, Bremen

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL) lädt gemeinsam mit dem Arbeitskreis Gender Mainstreaming und AL Bremen Interessierte zu diesem Fachtag ein. Auf die Bereiche Bildung und Gesellschaft soll während eines Fachtags der Fokus gelegt werden, gemeinsam möchten wir uns den geschlechterbezogenen Aspekten hier thematisch nähern. Wir wollen den Tag nutzen, um gemeinsam über verschiedene Ansätze und Ergebnisse der geschlechterbezogenen Bildungsarbeit sowie geschlechterpolitische Ansprüche und Entwicklungen ins Gespräch zu kommen, uns auszutauschen und zu diskutieren.

Anmeldungen bitte bis zum 15. April 2013 an Dr. Victoria Schnier, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, schnier@arbeitundleben.de

[Zum Tagungsprogramm](#)

Preis Politische Bildung: Jetzt anmelden zur Preisverleihung!

14. Mai 2013, Berlin

„Politik – Das verstehen wir darunter!“ So lautet das Motto des diesjährigen Preises Politische Bildung, den der Bundesausschuss Politische Bildung 2013 bereits zum dritten Mal vergibt. Die Gewinner der mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Auszeichnung werden am 14. Mai 2013 im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung in der Katholischen Akademie in Berlin gekürt.

Beworben haben sich zahlreiche Einzelpersonen wie auch Organisationen und Initiativen aus der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen spannenden Projekten. Eine Jury aus Vertreter(inne)n des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), des bap und der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) wählte die besten Präsentationen aus – und freut sich, diese in Berlin zu präsentieren.

Informationen unter <http://www.bap-politischebildung.de/preis-politische-bildung/idee/>
Anmeldung unter <http://www.aksb.de/index.php?mod=tagungsanmeldung&kursnr=11907>

Für Demokratie und Zivilgesellschaft: Aktionstage Politische Bildung 2013

05. - 23. Mai 2013

Auch in diesem Jahr finden im Mai die Aktionstage Politische Bildung statt. Die bundes- und europaweite Kampagne präsentiert die Vielfalt der Akteure, Zielgruppen und Aktionen und lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das breite und wichtige Angebot politischer Bildung. Institutionen und Akteure der politischen Bildung treten unter dem Dach der Aktionstage gemeinsam auf.

Machen auch Sie mit und melden Sie Ihre Veranstaltungen an! Ein Aufruf der Initiatoren erfolgt in Kürze.

Ausführliche Informationen für Veranstalter gibt es unter <http://aktionstage-politische-bildung.net/>

Die Aktionstage werden seit 2004 von der [Bundeszentrale für politische Bildung \(bpb\)](#), vom [Bundesausschuss Politische Bildung \(bap\)](#) sowie den [Landeszentralen für politische Bildung](#) initiiert.

Gruppenleiter aufgepasst: Jetzt anmelden zum Jugendkongress 2013

Auch in diesem Jahr lädt das Bündnis für Bündnis für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) zum Jugendkongress nach Berlin ein. Vom 20. bis zum 24. Mai können bis zu 450 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet an Workshops und Foren teilnehmen: Rund um den Tag des Grundgesetzes am 23. Mai werden vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, sich ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Zielgruppe sind in erster Linie solche Jugendlichen, die sich bereits ehrenamtlich-zivilgesellschaftlich engagieren. Aber auch solche, die noch auf der Suche sind und sich für eigenes Engagement inspirieren lassen wollen, sind herzlich eingeladen.

Teilnehmen können Gruppen bis zu sieben Personen. Jede Gruppe muss von einer/m volljährigen sogenannten Betreuer/-in begleitet werden. Die Altersbegrenzung für die Teilnehmenden beim Jugendkongress beträgt 16 bis 20 Jahre. Eingeladen sind interessierte Organisationen, Vereine, Schulen und Unternehmen. Die Teilnahme ist kostenlos. Reisekosten können nicht übernommen werden.

Informationen unter www.jugendkongress-berlin.de

Podiumsdiskussion: Diskriminierung im schulischen Kontext

15. Mai 2013, Berlin

Das Förderprogramm "EUROPEANS FOR PEACE" lädt zur Diskussion zum Thema „Diskriminierung im schulischen Kontext“ mit Experten aus Schule, Politik und Gesellschaft. Im Anschluss präsentiert sich ein Jugendprojekt, das im Programm gefördert wird. Die Veranstaltung findet begleitend zu den Projektberatungsseminaren des Förderprogramms statt. Jugendliche und erwachsene Projektleiter werden in mehrtägigen Seminaren zu ihren Projektvorhaben zum Thema „Diskriminierung: Augen auf! Euer Projekt gegen Ausgrenzung damals – und heute“ beraten.

Informationen unter <http://stiftung-evz.de/index.php?id=90>

Fachkonferenz "Wie politische Bildung wirkt. Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung"

06. bis 07. Juni 2013, Berlin

Die Hans-Böckler-Stiftung lädt ein zur Fachkonferenz "Wie politische Bildung wirkt. Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung" vom 06. bis 07. Juni 2013 in Berlin. Vorgestellt werden hier die Ergebnisse der Studie „Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung“, die unter Leitung von Prof. Dr. Achim Schröder, Hochschule Darmstadt, erstellt und von der Hans-Böckler-

Stiftung gefördert worden ist.

Untersucht wurde, wie Jugendliche und junge Erwachsene von politischer Jugendbildung erreicht werden. Hierzu wurden ehemalige Teilnehmende danach befragt, welche Impulse die Veranstaltungen der außerschulischen politischen Jugendbildung bei ihnen ausgelöst haben, sich für das Politische zu interessieren und das Gelernte und Erfahrene im weiteren Verlauf ihrer Biographie aufzugreifen und fortzuführen.

Angesichts der Tatsache, dass es bisher nur wenige empirische Studien zur politischen (Jugend-)Bildung gibt, darf man auf die Ergebnisse gespannt sein. Die Fachveranstaltung dient dazu, die Erkenntnisse zu präsentieren, mit Praktiker(inne)n und Wissenschaftler(inne)n zu diskutieren und Konsequenzen für die Bildungspraxis zu überlegen.

Weitere Informationen unter http://www.boeckler.de/4990_42353.htm

Filmvorführung: Lieben oder lassen? Wenn die Heimat anders wird...

12. - 13. Juni 2013, Berlin

Seit August 2011 hat ARBEIT UND LEBEN in fünf ländlichen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit dem Projekt "Heimat deine Sterne" modellhaft Wege zur Bewusstseinsbildung der Besonderheiten der Regionen, der historischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten initiiert. Ziel war es, mit Jüngeren wie Älteren über ihre Verbundenheit mit der Region und ihr gesellschaftliches Engagement ins Gespräch zu kommen.

Eingebunden in das Projekt haben der Regisseur Thierry Bruehl und sein Filmteam mit Menschen unterschiedlichen Alters Interviews und Gespräche geführt, die zu fünf regionsbezogenen Filmen verarbeitet wurden. Diese Filme werden auf einer Abschlussveranstaltung des Projekts am 12. und 13. Juni 2013 in Berlin vorgestellt.

Gefördert wird das vom Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN verantwortete Projekt durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms "Zusammenhalt durch Teilhabe".

Informationen: Dr. Victoria Schnier / Theo W. Länge, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN
bildung@arbeitundleben.de

4. Nürnberger Tage für Integration

13. und 14. Juni, Nürnberg

Vom Gastarbeiter zum Ausländer, vom Ausländer zum Mensch mit Migrationshintergrund – vom Mensch mit Migrationshintergrund zum neuen Deutschen? Unser Land verändert sich und mit ihm das Verständnis davon, wer und was eigentlich deutsch ist. Klar ist, dass vor diesem Hintergrund der Zusammenhalt der Gesellschaft gestaltet werden muss. Am 13. und 14. Juni setzt sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) daher mit dem demografischen Wandel und der zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft auseinander.

Fragen zur Veranstaltung per E-Mail an veranstaltungsmanagement@bamf.bund.de.

Informationen unter <http://www.bamf.de>.

Filmvorführung: „Blut muss fließen – undercover unter Nazis“

05. Juni 2013, Berlin

Im Zentrum dieser Veranstaltung steht die Vorführung des gleichnamigen Filmes. Die über 15-jährigen Recherchen des Journalisten Thomas Kuban im „braunen“ Untergrund sind im 2012 erschienenen Buch „Blut muss fließen – undercover unter Nazis“ dokumentiert. Seither lebt er in ständiger Angst vor Übergriffen aus der rechten Szene. In seinem Buch wird über Inhalte, Ziele und Strukturen der extremen Rechten aufgeklärt.

Die filmische Dokumentation von Peter Ohlendorf, die auf den Recherchen von Kuban beruht, verdeutlicht vor allem, wie über Musik rechtsextremes Gedankengut verbreitet wird und somit Jugendliche für die rechte Szene angeworben werden.

Die Filmvorführung möchte die Teilnehmenden für dieses brisante Thema und die subtilen Vorgehensweisen der Rechtsextremen zu sensibilisieren. Anschließend wird auf einem Podium über politische Einflussmöglichkeiten diskutiert.

Veranstalter: Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

10. bis 21. September 2013

Auch in diesem Jahr finden im Rahmen der Aktionswoche bundesweit hunderte Aktionen von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Vereinen, Stiftungen, Verbänden, engagierten Unternehmen und vielen weiteren Veranstaltern statt. Im vergangenen Jahr konnte die BBE-Aktionswoche eine Rekordbeteiligung von 2.700 Mitwirkenden verzeichnen. Folgende Themen werden in diesem Jahr im Vordergrund stehen: Unternehmensengagement im Sinne von „Partnerschaften“, Rahmenbedingungen sowie Partizipation und Bürgerbeteiligung.

Seit 2004 würdigt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit der bundesweiten Aktionswoche, die Arbeit von mehr als 23 Millionen freiwillig Engagierten. Übergeordnetes Ziel des BBE und der Aktionswoche ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Die bundesweite Engagement-Woche wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Weitere Informationen unter <http://www.engagement-macht-stark.de/>

Förderpreis für Bildungsprojekte: Bis 22. März bewerben

Die WGZ BANK Stiftung hat ihren Förderpreis 2013 für Bildungsprojekte ausgeschrieben. Mit insgesamt 15.000 Euro will sie zur Verbesserung der gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und beruflichen Bildung beitragen. Bewerben können sich Schulen, Fördervereine, lokale Stiftungen und andere Bildungsinitiativen im Rheinland und in Westfalen. Sie können über die Volksbanken oder Raiffeisenbanken vor Ort Projekte einreichen, die in einem konkreten Planungsstadium sind oder bereits umgesetzt werden. Bewerbungsschluss ist der 22. März 2013. Die Preisträger werden am 18. Juni 2013 bei der Hauptversammlung der WGZ BANK ausgezeichnet.

Weitere Informationen unter http://www.wgzbank.de/de/wgzbank/unternehmen/ueber-uns/wgz-bank_stiftung/foerderpreis/

Preis für Online-Partizipation: Ausschreibung läuft bis 28. März

Bis zum 28. März 2013 können sich wieder Partizipationsprojekte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz für den Preis für Online-Partizipation 2013 bewerben. Die eingereichten Projekte sollen den Austausch zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik deutlich erhöhen, auf diese Weise Verwaltungshandeln mitgestalten und die Verwaltung als Hauptakteur haben. Die Jury besteht aus Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Prof. Reinhard Riedl, Fachhochschule Bern, Dr. Peter Parycek, Zentrumsleiter - Zentrum für E-Governance, Donau-Universität Krems, PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Anke Domscheit-Berg, Government 2.0 Netzwerk und Christoph Meineke, Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen, Preisträger Preis für Online-Partizipation 2012.

Neben dem Jurypreis wird zum ersten Mal auch ein Publikumspreis vergeben, für den ab Anfang April die Bewertungsphase der eingegangenen Bewerbungen auf dem Beteiligungsportal beginnt. Preisstifter sind die [init] AG für digitale Kommunikation und der Behörden Spiegel. Ziel des Preises ist es, Partizipation als Instrument und Prinzip in Verwaltung und Politik nachhaltig zu fördern.

Verliehen wird der Preis für Online-Partizipation im Rahmen des Verwaltungskongresses „Effizienter Staat“ am 16. Mai 2013 Uhr im dbb forum Berlin.

Informationen unter http://www.politik.de/politik-de/projekte_entdecken/partizipationspreis

Förderprogramm: Begegnung mit Zeitzeugen

Begegnungen mit Opfern des Nationalsozialismus sollen eine Geste der Versöhnung ermöglichen und die Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht wach halten. Die Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft fördert Projekte, in denen NS-Opfer aus dem Ausland nach Deutschland eingeladen werden und ihre Erinnerungen in Begegnungen und Zeitzeugengesprächen weitergeben. Vornehmlich junge Menschen werden so ermutigt, sich mit den Lebensgeschichten der Zeitzeugen auseinanderzusetzen.

Weitere Informationen zur Ausschreibung unter <http://stiftung-evz.de/index.php?id=84>

Länderfinals: "Jugend Debattiert International"

"JUGEND DEBATTIERT INTERNATIONAL" ist ein Debattierwettbewerb für Jugendliche aus acht mittel- und osteuropäischen Ländern. Der Wettbewerb will zur Auseinandersetzung mit Menschenrechten und ihren geschichtlichen Hintergründen anregen und das Debattieren als Medium politischer Kultur und demokratischer Auseinandersetzung stärken. Ab April 2013 werden in den acht teilnehmenden Ländern die Landessieger ermittelt.

Weitere Informationen unter <http://stiftung-evz.de/index.php?id=265>

Seminare der Akademie für Soziale Demokratie: "Geschichte der Sozialen Demokratie"

Die Sozialdemokratie hatte sich bereits als Partei organisiert, bevor 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, und sie hat die deutsche Geschichte durch Kaiserreich, Weimarer Republik, nationalsozialistische Diktatur, im Exil und im geteilten und vereinten Deutschland miterlebt und mitgestaltet. Das Seminar Geschichte der Sozialen Demokratie zeichnet den Weg von dem Erstarken der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert bis zur heutigen Zeit nach. Ereignis- und Ideengeschichte, Partei- und Bewegungsgeschichte fließen zusammen und werden in ihrer Wechselwirkung beschrieben.

22.-24. März 2013 in Würzburg
Seminarleitung: Michael Reschke

14.-16. Juni 2013 in Bad Münstereifel
Seminarleitung: Pascal Geißler / Dr. Julia Plehnert

Der Teilnahmebeitrag für ein Wochenendseminar beträgt 50 Euro.

Anmeldung über <http://www.fes-soziale-demokratie.de/kontaktformular.html>. Bitte als Betreff „Geschichte der Sozialen Demokratie“, Ort und Datum des Seminars angeben.

Freie Plätze: Arbeitnehmerweiterbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Die Akademie für Arbeitnehmerweiterbildung der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet im Rahmen ihrer politischen Weiterbildung folgende Seminare an:

10.-12. Juni 2013, Bonn
Wie sieht eine moderne Familienpolitik aus? Was macht sie nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsfähig? Teilnahmegebühr: 60,00 Euro

08. -12. Juli 2013, Bonn

EU-Partner Griechenland: Krise, Protest und Politik in Hellas
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

23. - 27. September 2013, Bonn
Europas neue Führer: Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Ausländerfeindlichkeit in
Deutschland und Europa
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

04. - 08. November 2013, Bonn
Kreativ, lebendig, weltoffen! Nordrhein-Westfalen: Ein Jahr nach den Landtagswahlen.
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

02. - 06. Dezember 2013, Bonn
Eiszeit oder Zeitenwende? Die USA und der Iran zwischen Sanktionspolitik und Annäherung.
Teilnahmegebühr: 100,00 Euro

Für die Seminare kann Bildungsurlaub beantragt werden. Anmeldungen nehmen Kim Hegelau
(kim.hegelau@fes.de) sowie Christiane Woggon (christiane.woggon@fes.de) entgegen.

Leben im Wandel: 14. Kinder- und Jugendbericht liegt vor

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den 14. Kinder- und Jugendbericht vorgelegt. Nach zehn Jahren gibt es damit wieder einen allgemeinen Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Letztmalig hat dies der 11. Kinder- und Jugendbericht geliefert. Dementsprechend ist der Wandel der Gesellschaft anhand neuer Themen ablesbar – sei es die Mediatisierung der Gesellschaft oder das Aufwachsen von Kinder und Jugendlichen in „neuer“ Verantwortung von Kita, Schule und Jugendhilfe. Der Bericht hebt wie immer zwei Aspekte besonders hervor – zum einen die „Lebenslagen junger Menschen“ und zum anderen die „Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Wandel“. Die unabhängige Sachverständigenkommission wurde von Prof. Dr. Reinhard Wabnitz geleitet.

Mehr Informationen zum Bericht gibt es unter
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen.did=196138.html>

Bundesweiter Start des Kinder- und Jugendwahlprojektes U18

Das Kinder- und Jugendwahlprojekt U18 hat mit seinen Aktivitäten zur Bundestagswahl 2013 begonnen. Höhepunkt des Projektes ist die U18-Wahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren am 13. September 2013 – neun Tage vor der Bundestagswahl. Dazu werden in Freizeiteinrichtungen, Schulen oder auf öffentlichen Plätzen Wahllokale eingerichtet. Damit alle gut informiert ihr Kreuz machen können, finden zahlreiche politische Bildungsaktionen in ganz Deutschland statt. Organisiert und getragen wird die U18-Initiative von führenden Kinder- und Jugendorganisationen.

Ab sofort können alle, die bei der U18- Bundestagswahl mitmachen wollen, auf der Webseite <http://www.u18.org> ein Wahllokal anmelden. Wahllokale können in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbänden, Schulen, Schulclubs, Sportvereinen, Bibliotheken etc. eingerichtet werden, auch auf öffentlichen Straßen und Plätzen kann in mobilen Wahllokalen gewählt werden. Weil es aber nicht nur darum geht, ein Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen, werden in den Wahllokalen im Vorfeld der Wahl eigene Projekte der politischen Bildung durchgeführt.

Organisiert und getragen wird die U18-Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, den Landesjugendringen, vielen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk. Gefördert wird die U18-Initiative vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die PR- und Werbeagentur united communications sowie lokale Partner unterstützen das Projekt.

Informationen gibt es unter <http://www.u18.org>

„Runder Tisch Jugend“ will Mitbestimmung junger Menschen in Berlin verbessern

Der „Runde Tisch Jugend“ mit Vertreter(inne)n aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft hat sich am 18. Januar 2013 darauf verständigt, sich für die Verbesserung von Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen einzusetzen. Grundlage dafür soll ein Projekt sein, dass der Landesjugendring Berlin in Kooperation mit anderen vertretenen Institutionen unter dem Titel „Runder Tisch Jugend im Dialog“ durchführt.

Das Projekt soll Jugendliche und Entscheidungsträger/-innen unterschiedlicher Organisationen und Ebenen zusammenbringen, um neue Möglichkeiten der Partizipation Jugendlicher in wichtigen Handlungsfeldern zu entwickeln. Unter anderem in den Bereichen Sozialraum, Schule, Ausbildung und Studium, Politik sowie Neue Medien entwickeln Jugendliche in selbstorganisierten Forumsveranstaltungen ihre Vorschläge und Forderungen. Dabei wird eng mit Jugendverbänden, Einrichtungen der Jugendarbeit und weiteren Akteuren im Bereich Partizipation zusammengearbeitet. Der „Runde Tisch Jugend“ wird sich im September 2013 mit den Ergebnissen dieser Dialoge auseinandersetzen und Umsetzungsmöglichkeiten prüfen und anregen. Gleichzeitig werden die Ergebnisse der Dialoge in den strukturierten Dialog der Europäischen Union integriert. Das Projekt wird durch das Programm „Jugend für Europa“ gefördert.

Mehr Informationen gibt es unter <http://www.ljrberlin.de/index.php>

bpb: Wechsel der Fachbereichsleitungen

Die Bundeszentrale hat Anfang März eine Neubesetzung eines Teils der Fachbereiche vorgenommen. Frau Hanne Wurzel wird demnach die neue Leiterin des Fachbereichs "Extremismus". Herr Ulrich Dovermann übernimmt die Leitung des Fachbereichs "Förderung".

Weitere Informationen gibt es unter <http://www.bpb.de>

DBJR: Konsultation zum Thema Inklusion

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat unter dem Motto "hochINKLUSIV - Mittendrin statt außen vor" Jugendliche aufgerufen, sich an einem Dialog zu beteiligen und zu sagen, was für jeden einzelnen Inklusion bedeutet. Im Rahmen des Strukturierten Dialogs sind derzeit europaweit Jugendliche und Jugendorganisationen aufgefordert, sich mit ihren Meinungen, Vorschlägen und Positionen zur Inklusion junger Menschen in die europäische Debatte einzubringen und auf diesem Wege jugendpolitische Entscheidungen und Maßnahmen in dem Themenfeld mitzugestalten. Bis zum 10. Februar 2013 konnten sich Interessierte an der ersten Konsultationsrunde beteiligen. Die Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht.

Weitere Informationen gibt es unter <http://www.strukturierter-dialog.de/mitmachen/hochinklusive>

Neu: WissensWerte-Film zum Thema Mikrokredite

Als Mohammed Yunus im Jahr 2006 den Friedensnobelpreis für die Idee des Mikrokredites erhielt, wurde der Mikrokredit als entwicklungspolitisches Instrument gefeiert. Heute wird er auch kritisch gesehen. Zeit also für eine Bilanz: Wie funktionieren Mikrokredite, wo liegen Vor- und Nachteile und unter welchen Bedingungen zeigen sie Wirkung? Diesen Fragen geht der neue Film der WissensWerte Reihe des Vereins /e-politik.de/ e.V. nach. Der Clip ist als Creative Commons lizenziert und kann kostenfrei weiterverwendet werden.

Der Film kann hier angeschaut werden: <https://www.youtube.com/watch?v=89OuTJqBg5g>
Informationen zum Projekt WissensWerte unter <http://www.wissenswerte.e-politik.de>

[zur Übersicht](#)

8. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an newsletter@bap-politischebildung.de

9. REDAKTION

Die Herausgabe dieses Newsletters wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gefördert.

Redaktion und Kontakt:

Bundesausschuss Politische Bildung

Verena Münsberg

lab concepts – Das Laboratorium für Konzeption und Realisation in Politik, Bildung und Kultur GmbH

Am Hofgarten 18, 53113 Bonn

Tel.: 0228/24 98-116

Mail: newsletter@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.